

Die Genossen haben immer noch nichts dazu gelernt

— Von: **Andreas Koch,**
Recklinghausen
— Betr.: **Berichterstattung**
zum **Parteiaustritt von**
Wolfgang Clement

Mit großem Interesse habe ich die Begründung von Wolfgang Clements Parteiaustritt gelesen. Auch mein Austritt aus der SPD vor einem Jahr hatte letztlich seinen Ursprung in der Einschränkung meiner Meinungsfreiheit. Seit dem ich im Januar 2000 in einem „klärenden Gespräch“ mit führenden Recklinghäuser SPD-Genossen gemäßregelt wurde, weil ich mich öffentlich über den schleppenden SPD-Reformprozess nach der verlorengegangenen Landtagswahl und die Unterschlagung von Post im SPD-

Stadtverbandsbüro beschwert hatte, trug ich bis 2007 eine schwere Last mit mir. Wegen der Unterschlagung von mindestens 95 Briefen an die Mitglieder des SPD-Stadtverbandsvorstandes und des AfA-Stadtverbandsvorstandes hatte ich mich sogar an die Bezirksbeschwerdekommision gewendet, die den Eingang meiner Beschwerde zwar bestätigte, aber in der Folgezeit untätig blieb. Kein Wunder, denn die Person, die die Post unterschlagen hatte, war ehrenamtliches Mitglied des Bezirksvorstandes. Bei den unterschlagenen Briefen handelte es sich u. a. um die Versendung von bereits von mir angefertigter Kopien eines Schreibens der

AfA an die Delegierten des Bundesparteitages, das sogar von Franz Müntefering positiv beantwortet wurde. Über den Inhalt eines weiteren unterschlagenen Reformbriefes an die SPD-Stadtverbandsmitglieder ließ es sich unter damaliger Sicht streiten. Man hätte ihn jedoch nicht einfach den Adressaten unterschlagen dürfen, sondern mit mir über den Inhalt diskutieren müssen. Zur AfA-Stadtverbandsdelegiertenkonferenz 2000 schwieg ich über diese Vorkommnisse, da mir ein führender Genosse vor dem „klärenden Gespräch“ im Januar 2000 mit den Worten: „Ich will auch nicht, dass dir berufliche Nachteile entstehen!“ offen gedroht hatte. Mir war durch andere Genossen be-

kannt, dass es früher so üblich war, dass sich beispielsweise Genossen, die in der SPD unbequeme Äußerungen machten, plötzlich in anderen Revieren wiederfanden. Solche Zustände erinnerten mich sofort an meine negativen Erfahrungen aus DDR-Zeiten und ich wollte auf keinen Fall im vereinten Deutschland erneut Opfer von solchen Zwangsmaßnahmen werden. Deshalb stimmte ich über Jahre einem Stillhalteabkommen zu. In einer fingierten gemeinsamen öffentlichen Erklärung sprachen wir damals einfach von Termenschwierigkeiten in der Abstimmung sowie freundlichen und informativen Gesprächen. Dass mir zuvor mit beruflichen Nachteilen gedroht wurde, stand nicht in

der Erklärung, jedoch später zum Bedauern einiger Genossen unter „Wörtlich“ auf Seite 1 der Recklinghäuser Zeitung. Als ich mich später einmal meinem Arbeitgeber über die Vorkommnisse offenbarte, um evtl. Gerüchten vorzubeugen, lachte ein Kollege und sagte: „Wie haben die sich das denn mit den beruflichen Nachteil gedacht? Erst ab diesem Zeitpunkt sah ich die Drohung der Recklinghäuser Genossen wieder gelassener, aber lachen kann ich bis heute nicht über Stasi-Methoden. Ich finde es gut, dass Wolfgang Clement sofort nach seiner Rüge einen Schlusstrich gezogen hat. Vielleicht hätte ich es auch schon 2000 und nicht erst 2007 tun sollen, um meinen Seelenfrieden eher zu finden.“

Recklinghäuser Zeitung 03.12.2008 (Kreisteil)

Die Genossen haben immer noch nichts dazu gelernt

Mit großem Interesse habe ich die Begründung von Wolfgang Clements Parteiaustritt gelesen. Auch mein Austritt aus der SPD vor einem Jahr hatte letztlich seinen Ursprung in der Einschränkung meiner Meinungsfreiheit. Seit dem ich im Januar 2000 in einem „klärenden Gespräch“ mit führenden Recklinghäuser SPD-Genossen gemäßregelt wurde, weil ich mich öffentlich über den schleppenden SPD-Reformprozess nach der verlorengegangenen Landtagswahl und die Unterschlagung von Post im SPD-Stadtverbandsbüro beschwert hatte, trug ich bis 2007 eine schwere Last mit mir.

Wegen der Unterschlagung von mindestens 95 Briefen an die Mitglieder des SPD-Stadtverbandsvorstandes und des AfA-Stadtverbandsvorstandes hatte ich mich sogar an die Bezirksbeschwerdekommision gewendet, die den Eingang meiner Beschwerde zwar bestätigte, aber in der Folgezeit untätig blieb. Kein Wunder, denn die Person, die die Post unterschlagen hatte, war ehrenamtliches Mitglied des Bezirksvorstandes.

Bei den unterschlagenen Briefen handelte es sich u. a. um die Versendung von bereits von mir angefertigter Kopien eines Schreibens der AfA an die Delegierten des Bundesparteitages, das sogar von Franz Müntefering positiv beantwortet wurde. Über den Inhalt eines weiteren unterschlagenen Reformbriefes an die SPD-Stadtverbandsmitglieder ließ es sich unter damaliger Sicht streiten. Man hätte ihn jedoch nicht einfach den Adressaten unterschlagen dürfen, sondern mit mir über den Inhalt diskutieren müssen.

Zur AfA-Stadtverbandsdelegiertenkonferenz 2000 schwieg ich über diese Vorkommnisse, da mir ein führender Genosse vor dem „klärenden Gespräch“ im Januar 2000 mit den Worten: „Ich will auch nicht, dass dir berufliche Nachteile entstehen!“ offen gedroht hatte. Mir war durch andere Genossen bekannt, dass es früher? so üblich war, dass sich beispielsweise Genossen, die in der SPD unbequeme Äußerungen machten, plötzlich in anderen Revieren wiederfanden.

Solche Zustände erinnerten mich sofort an meine negativen Erfahrungen aus DDR-Zeiten und ich wollte auf keinen Fall im vereinten Deutschland erneut Opfer von solchen Zwangsmaßnahmen werden. Deshalb stimmte ich über Jahre einem Stillhalteabkommen zu. In einer fingierten gemeinsamen öffentlichen Erklärung sprachen wir damals einfach von Terminschwierigkeiten in der Abstimmung sowie freundlichen und informativen Gesprächen. Dass mir zuvor mit beruflichen Nachteilen gedroht wurde, stand nicht in der Erklärung, jedoch

veröffentlichter Leserbrief vom 01.12.2008

später zum Bedauern einiger Genossen unter „Wörtlich“ auf Seite 1 der Recklinghäuser Zeitung.

Als ich mich später einmal meinem Arbeitgeber über die Vorkommnisse offenbarte, um evtl. Gerüchten vorzubeugen, lachte ein Kollege und sagte: „Wie haben die sich das denn mit den beruflichen Nachteil gedacht? Erst ab diesem Zeitpunkt sah ich die Drohung der Recklinghäuser Genossen wieder gelassener, aber lachen kann ich bis heute nicht über Stasi-Methoden.“

Ich finde es gut, dass Wolfgang Clement sofort nach seiner Rüge einen Schlussstrich gezogen hat. Vielleicht hätte ich es auch schon 2000 und nicht erst 2007 tun sollen, um meinen Seelenfrieden eher zu finden.

Andreas Koch
Recklinghausen